

Im Lockdown im Frühling mussten schweizweit auch die Kindergärten, Primarschulen und Sekundarschulen auf Fernunterricht umstellen. Die Auswirkungen waren deutlich negativ. Am meisten unter den Schulschliessungen litten Schülerinnen und Schüler aus beengten Wohnverhältnissen und aus Familien mit niedrigem Bildungsgrad und Einkommen. Sowohl die schulischen Leistungen als auch die psychische Gesundheit der Kinder waren betroffen.

Auf Grund dieser negativen Erfahrungen und dank der Tatsache, dass Kinder vom Coronavirus weniger betroffen sind und dieses auch weniger weitergeben, wurden trotz steigender Infektionszahlen in der Bevölkerung auch Ende 2020 in der Schweiz weitestgehend auf die Schliessung von Schulen der obligatorischen Schulzeit verzichtet. Wie den Auskünften von Regierungsrat und Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz Lukas Engelberger in diversen Medien Anfangs Jahr zu entnehmen war, wird nun aber laut über weitere Umstellungen auf Fernunterricht nachgedacht. Zwar sei die Schliessung der Schulen «ultima ratio», diese müsse nun aber auch als Mittel, die Kontakte für die Eltern zu reduzieren, in Betracht gezogen werden.

Angesichts der drohenden Auswirkungen auf die Bildung in der obligatorischen Schulzeit bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Zieht der Regierungsrat aktuell in Betracht, im Kanton über die geltenden Einschränkungen des Bundesrates hinauszugehen und obligatorische Schulen im Kanton zu schliessen?
2. Unter welchen Voraussetzungen sähe er sich zu solchen Massnahmen gezwungen?
3. Könnte es sinnvoll sein, zumindest die Kindergärten und die Primarschulen von Schliessungen auszunehmen zumal im Kindergarten und an der Primarschule Videokonferenzen den ordentlichen Unterricht nicht ersetzen können?
4. Wie wird aktuell an den Schulen im Kanton Basel-Stadt vorgegangen, um nach dem Auftreten von Coronafällen weitere Ansteckungen zu verhindern?

Claudio Miozzari